

NZZ am Sonntag

USA

Der Streit über Kavanaugh hat doch etwas Gutes

Wer will schon jemanden als Richter, dem sexuelle Übergriffe vorgeworfen werden? Zu Recht untersucht die Justizkommission des US-Senats die Eignung von Brett Kavanaugh für eine Berufung ans Oberste Gericht des Landes – selbst wenn angebliche Taten längst verjährt wären. Was die Untersuchung erbracht hat, ist allerdings ernüchternd: Es steht Aussage gegen Aussage. Die Psychologieprofessorin Christine Blasey Ford und zwei weitere Frauen berichten, Kavanaugh habe sie als Student zu vergewaltigen versucht oder gar missbraucht, doch der Beschuldigte streitet das ab. Statt Klarheit scheint die Senatsanhörung nur Verlierer hervorgebracht zu haben: Die Klägerinnen werden angegriffen, das Ansehen des Richter Kandidaten ist beschädigt, Republikaner und Demokraten trennt ein immer tieferer Graben. Das Oberste Gericht selbst droht in den Parteienkampf hineingezogen zu werden. Gut an diesem Scherbenhaufen ist dennoch eines: Im Senat hat Kavanaugh eine Parteilichkeit für die Republikaner und einen Hass gegen die Demokraten an den Tag gelegt, die sich mit der notwendigen Unvoreingenommenheit eines obersten Richters nicht vereinbaren lassen. Er hat sich nicht durch seine Vergangenheit, sondern durch seine Haltung disqualifiziert. In diesem Punkt hat die Anhörung Klarheit gebracht. *Victor Merten*

Italien

Pyrrhussieg für die Populisten

Wie ein Box-Champion jubelte am Freitagabend Vizepremier Luigi Di Maio vom Balkon des Chigi-Palastes in Rom vor seinen Anhängern der Fünf-Sterne-Bewegung. Er hat seine Forderungen durchgesetzt, ohne Geld dafür zu haben: Die Mindestrenten werden erhöht, das Rentenalter wird gesenkt und eine Art Grundeinkommen für Leute ohne Arbeit eingeführt. Dadurch wird das Loch im Staatshaushalt verdreifacht, die Schulden steigen weiter. Auf Italien lastet heute ein Schuldenberg von 2400 Milliarden Euro. Das ist weit mehr als die jährliche Wirtschaftsleistung. Die Schulden fühlen sich aber fast schwerelos an, weil die Europäische Zentralbank EZB die Zinsen auf null gedrückt hat. Nach dem Sieg Di Maios muss Italien nun einen höheren Risikozuschlag zahlen – und seine Staatsanleihen mit 3,1 Prozent verzinsen, während Deutschland 0,5 Prozent genügen. Die EZB will Ende Jahr aufhören, solche Anleihen zu kaufen – und in der zweiten Hälfte 2019 die Zinsen erhöhen. Dann wird die Schuldenlast viel drückender sein, als Italiens Politiker sich das heute vorstellen. Die Populisten werden die EU und EZB beschuldigen – und vom Austritt aus dem Euro faseln. Aus der Krise werden verantwortungsvollere Leute führen müssen. *Daniel Hug*

Scheidungen

Ein erfreuliches Urteil

Lange haben die Väter darauf gewartet, nun hat das Bundesgericht sie erhört. Es hat entschieden, dass nach einer Trennung der Elternteil, der die Kinder betreut, rascher wieder arbeiten soll. Bisher lag die Schwelle dafür beim 10. Geburtstag des jüngsten Kindes, neu gilt nun der Zeitpunkt der Einschulung. Diese Klärung ist wichtig und richtig. Die Gesellschaft hat sich verändert, längst arbeitet auch das Gros der Mütter zumindest Teilzeit. Und die alte These, dass auch Primarschülern noch am besten gedient ist, wenn immer jemand zu Hause bleibt, ist überholt. Die Richter haben ihre Arbeit getan, nun muss die Wirtschaft die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern – und dafür sorgen, dass das Urteil auch umgesetzt werden kann. *Daniel Friedli*

Chappatte



Der externe Standpunkt

Hätten die Landeskirchen Mut, würden sie sich abschaffen

Das System, das einst die Religionsfreiheit in der Schweiz schützte, sichert heute den Landeskirchen vor allem ihre Pfründe. Man sollte es darum beenden – aus Gründen der Fairness, meint Markus Jost

Zu einer liberalen Gesellschaft gehört die Religionsfreiheit. Diese Aussage wird kaum jemand bestreiten. Folgt daraus auch, dass eine Religion, die von dieser Freiheit profitiert, auch liberal sein muss? Und wenn ja, durch welche Kriterien soll liberal definiert werden? Oft wird dies am Verhältnis der Religion zu drei Themen – Homosexualität, die Stellung der Frau und Demokratie – festgemacht: Wenn eine Religionsgemeinschaft zu diesen Themen die gesellschaftlich vorherrschende Meinung vertritt, wird sie als liberal und gut wahrgenommen. Wenn nicht, stösst sie auf Ablehnung.

Ist eine solche Verkürzung der liberalen Werte auf drei Themen wirklich sinnvoll? Müsste eine Religion nicht viel mehr nach ihrem Output beurteilt werden? Das heisst: danach, wie sie auf ihre Mitglieder wirkt? Vielleicht wäre es viel zielführender, zu schauen, ob ihre einzelnen Mitglieder grundlegende liberale Werte wie die Freiheit, den Respekt gegenüber anderen Meinungen und Lebensentwürfen und den Schutz von Minderheiten unterstützen?

Diese Überlegungen sollten auch bei der Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Religionen einbezogen werden. Geht es aber darum, dieses Verhältnis neu zu regeln, äussern leider diejenigen, die sich sonst gerne als liberal bezeichnen, kaum je liberale Vorschläge: die – überwiegend – christlichen Landeskirchen. Sie sind es, die in den meisten Kantonen das Verhältnis des Staates zu den Religionsgemeinschaften bestimmen. Andere religiöse und areligiöse Minderheiten müssen sich dem landeskirchlichen System anpassen.

Mehr noch: Die Vertreter der Landeskirchen zeigen sich gerne liberal und reformfreudig, aber leider nur so lange, wie es zu ihrem eigenen Vorteil ist. Wenn es darum geht, das landeskirchliche System mit all seinen Privilegien (und Diskriminierungen) zu reformieren und gerechter zu gestalten, sind sie weit weniger reformfreudig, dafür

umso traditionsbewusster und in einem gewissen Sinne sogar stur und arrogant: Wir sind die Mehrheit und wissen, was richtig für die Schweiz ist. Warum sollten wir uns für die anderen und deren Meinung interessieren und grundlegend etwas ändern wollen? Gerne wird dann – ohne seriöse Fakten zu nennen – damit gedroht, dass ohne das System der Landeskirchen die Religionsgemeinschaften in der Schweiz zu einer ernsthaften Gefahr für den Staat werden würden. Dass zu einer liberalen Gesellschaft auch Pluralität im religiösen Bereich gehört, scheint dann vergessen zu sein. Stattdessen bemüht man sich innerhalb der einzelnen Landeskirchen eine Art Pluralität abzubilden, und so den Eindruck zu erwecken, man sei gesellschaftlich breit abgestützt und bilde die Bevölkerung ab. Aber de facto wird die liberale Gesellschaft als solche dadurch infrage gestellt: Es wird nicht akzeptiert, dass Religion auch ausserhalb der christlichen Landeskirchen existiert und die Lan-

deskirchen nur einen immer kleiner werdenden Teil der Gesellschaft widerspiegeln.

Es wäre wünschenswert, wenn die Verantwortlichen in der Politik und in den Landeskirchen mehr Mut, Kreativität und Reformfreudigkeit an den Tag legen würden, um künftig den verschiedenen Religionsgemeinschaften gute Rahmenbedingungen und Gefässe zu schaffen, damit sich diese samt ihren Dogmen positiv entwickeln können – jede Gemeinschaft in ihrem Tempo und auf ihre Art und Weise, ohne staatliche Zwangsmassnahmen. Jede Religionsgemeinschaft sollte selber bestimmen können, wie sie sich organisiert und was sie glaubt – selbstverständlich unter Einhaltung der geltenden Gesetze. Die staatlich garantierte Religionsfreiheit ermöglicht es jedem Menschen, seine Konfession oder Religion zu verlassen und eine andere anzunehmen. So ist niemand gezwungen, in einer Religionsgemeinschaft zu praktizieren, die ihm oder ihr schadet.

Eine Abkehr vom Landeskirchensystem würde aus der Religionszugehörigkeit noch stärker eine persönliche Option und Motivation machen. Für Leute, die ihre Identität aus dem Kollektiv und der Tradition schöpfen, ist dies natürlich eine Horrorvorstellung: Jetzt wird auch noch die religiöse Sphäre vom Individualismus bestimmt! Diese Menschen übersehen aber, dass Religion als kollektive Identität stets auch dazu führte und immer noch dazu führt, dass Minderheiten verfolgt und ausgegrenzt werden.

Es wäre deshalb an der Zeit, dass die Landeskirchen den Mut aufbringen würden, aus ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit unter den Flügeln von Vater Staat herauszutreten. Als Folge davon müssten sie das eigene System abschaffen, damit künftig etwas Neues entstehen könnte: Ein gerechtes System, das alle religiös praktizierenden, wie auch die erklärt areligiösen Menschen anerkennt und ernst nimmt, so dass alle den liberalen Staat positiv und als schützenswerten Partner erleben können.

Markus Jost



Markus Jost, 42, ist Bibliothekar an der theologischen Fakultät der Universität Freiburg und Buchautor. «Gespräche jenseits der Zeit – Aufklärung mit Mose, Spinoza und Kant» soll Ende Jahr erscheinen. Jost hat in Chur, Strassburg und Metz Informationswissenschaften, protestantische und katholische Theologie studiert.